

Halle-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Halle-Zeitung“ erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Post beträgt 1.50 Goldmark, durch Rechnung ohne Postgebühren 1.40 Goldmark. Der Preis für 125 Exemplare 17.50 Goldmark. Die Anzeigen werden nach Normal-Zeilen berechnet, die Zeile 0.21 Goldmark. 524 Anzeigen, die im gleichen Wertesatz in der „Mitteldeutschen Zeitung“ erscheinen, bedürfen besonderer Ermäßigung. Verlagsort: Halle, Postamtstr. 11 u. 12. Druck- und Verlagsanstalt: „Halle-Zeitung“, Halle. Druck- und Verlagsanstalt: „Halle-Zeitung“, Halle. Druck- und Verlagsanstalt: „Halle-Zeitung“, Halle.

Der Sozialdemokrat Braun wieder preussischer Ministerpräsident

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Im letzten Akt der einseitigen Kreditpolitik gegenüber dem Ausland eintreten zu lassen, hat der Reichspräsident eine für vier Wochen geltende Notverordnung erlassen, nach der Gemeinden und Gemeindeverbände zur rechtswidrigen Aufnahme von Krediten im Ausland oder zur rechtswidrigen Begebung von Anleihen im Ausland der Zustimmung des Reichsfinanzministers bedürfen.

Der Preussische Landtag nahm den demokratischen Antrag auf Bildung eines besonderen Untersuchungsausschusses von 25 Mitgliedern zur Untersuchung der Vorgänge in der Landbespannungsfrage an.

Bei einem Abschiedessen für den als Vorkämpfer nach Washington gehenden Staatssekretär Freiherrn v. Wiltshahn hielt der nach London verlegte amerikanische Botschafter Doughton eine Rede auf den Inhalt der Rede, die er in der letzten Rede in Deutschland bezeugte. Seine Worte zeugten von einer ungewöhnlich herzlichen Sympathie für Deutschlands Lage und Bemühungen und für Deutschlands klassische Kultur. v. Wiltshahn antwortete in äußerst würdiger und gefühlvoller Weise und schloß mit einem Hoch auf Amerika, die größte Republik der Welt, und auf seinen Botschafter in Berlin, kurz, eine Abschiedsfeier bestanden diese beiden Sätze, die beiden Staaten und ihren Sprechern Ehre macht.

Kom. 31. Jan. Der deutsche Botschafter von Neuhaß gab gestern abend zu Ehren Mussolinis ein Essen. An dieses schloß sich ein Empfang, bei dem sich das diplomatische Corps und die italienische politische Welt zusammenfanden. — Auf lokalen Intimen Festlichkeiten wird auch mehr für Anbahnung freundschaftlicher Beziehungen erreicht, als auf der offiziellen politischen Bühne. Wäre der Mussolinibesuch in der deutschen Botschaft in Rom ein gutes Vorzeichen sein.

Wien, 30. Jan. Die agrarische Zentralkasse Österreichs beschloß in ihrer getrigen außerordentlichen Versammlung den „Rechtsausschuß“ zufolge die Schaffung einer Agrar-Interessenkasse und wählte einen vorbereitenden Ausschuss. — Eine internationale der Landwirtschaft? Das könnte von ganz außerordentlicher Bedeutung werden. Leider sind die Einzelheiten noch nicht bekannt.

Die deutsche Vereinigung im polnischen Sejm hat eine Interpellation wegen zahlreicher Vermittlungen angeschlossen. Erklärte in Polen eine gewisse. Die Interpellation wies in wesentlichen auf die empfindliche Lage hin, mit der die polnische Politik diesem Treiben gegenüberstehe.

In einer dem Völkerverbund übermittelten Note erklärt die schwedische Regierung, daß Deutschlands Eintritt in den Völkerverbund nur ohne Vorbehalt erfolgen dürfe. Auf die besondere militärische Lage könne keine Rücksicht genommen werden. — Diese einseitige Stellungnahme zugunsten Frankreichs und gegen die deutschen Interessen gibt sehr zu denken.

Der Führer der deutschen Delegation für die Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich, Staatssekretär Dr. Treubenberg, weist kurzzeitig in Berlin, um der Reichsregierung über die bisher an Frankreich einseitigen Forderungen geäußerten Verhandlungen zu berichten.

„Peit Parisien“ glaubt zu wissen, daß der endgültige Bericht der Militärkontrollkommission über die Generalinspektion in Deutschland dem internationalen Militärausschuß in Versailles schon gegen Mitte kommenden Woche übergeben werden kann.

Washington, 31. Jan. Der neuernannte französische Botschafter Daeschner hat dem Präsidenten Coolidge sein Beglaubigungsschreiben überreicht. In der Erwidrung seiner Erklärung, wonach die materiellen Schulden der Nationen ebenso bezahlt werden müssen wie die Dankeschuld, erklärte Präsident Coolidge, daß Amerika die Dankeschuld, die es Frankreich für seinen Beistand im Unabhängigkeitskriege schulde, durch seinen Eintritt in den Weltkrieg abgezahlt habe. — Die Antwort von Coolidge ist wohl deutlich und wird die künftigen Schuldner wenig erfreuen.

Die Volkspartei kündigt

Berlin, 30. Januar. Landtag: Der sozialdemokratische Abgeordnete Braun wurde mit 221 von 435 gültigen Stimmen zum Ministerpräsidenten wiedergewählt. Bei der Wahl des Ministerpräsidenten wurden 441 Stimmzettel abgegeben. Unbeschriebene waren 6 Stimmzettel, ungueltig 1. Die Mehrheit betrug also von den übrigen 435 Stimmen 218.

Abgeordneter Braun erhielt 221 Stimmen. Seine Wahl wurde mit lebhaftem Beifall links und im Zentrum begrüßt. Der Deutschnationale von Kries erhielt 175, der Kommunist Bied 39 Stimmen.

Die sechs weißen Stimmzettel wurden von den Deutsch-Hannoveranern abgegeben. Die nächste Plenarsitzung des Preussischen Landtags wird voraussichtlich am Donnerstag, 5. Februar, und die Sitzung des Reichstages am Montag, 2. Februar stattfinden.

So haben wir denn also in Preußen glücklicherweise wieder einen Vertreter der Revolution und des Klassenkampfes an der Spitze des Staates. Gestern wurde er durch die Wahl der Wähler in Preußen bestätigt.

Ferner haben wir es zu danken den Demokraten. Und endlich dem Zentrum. Diesen drei Parteien ist die Fortdauer der Revolutionsregierung wichtiger als die Zusammenarbeit aller aufbauenden Kräfte zur Wiederherstellung von Staat und Wirtschaft. Wie wenig dabei ihre Politik von tatsächlichen Erwägungen und großen einseitigen Gesichtspunkten bestimmt wird, ergibt sich daraus, daß die Demokraten in zahlreichen kommunalen Parlamenten und das Zentrum im Reich mit den nationalen Parteien zusammenarbeiten.

Das Zentrum rechnet, wie es das schon bei den Verhandlungen über die Bildung der Reichsregierung tat, mit einem Umsturz der Deutschen Volkspartei. Wer die „Zeit“ gibt ihm eine parteiunabhängig anzusehende sehr deutliche Warnung: sie kündigt dem Minister Braun, falls er das Kabinett bildet, „schärfste Opposition“ an.

Die weitere Entwicklung.

Ministerpräsident Braun hatte gestern abend eine längere Besprechung mit den Führern der Landtagsfraktionen des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten. Es bestand Einigkeit darüber, daß der Ministerpräsident zunächst den Versuch machen möge, ein Kabinett der großen Koalition durch Verhandlung

schärfste Opposition an.

gen mit der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung wieder herzustellen, daß aber auch beim Scheitern dieser Lösung unter allen Umständen der Versuch einer Kabinettsbildung durch Braun fortgesetzt werden soll.

Wie verlautet, würde Braun das Amt des Ministerpräsidenten nur übernehmen, wenn er die Sicherheit hat, daß das Zentrum genau geschlossen bleibt, wie es sich heute gezeigt hat, das heißt, wenn er weiß, daß der Block, auf den er sich stützt, fest geschlossen bleibt. Herr Braun müßte also eine gewisse Sicherheit dagegen haben, daß er nicht etwa bei plötzlichen Mißtrauensanträgen in neue Schwierigkeiten gerät.

Sollte er auch Verhandlungen mit der Deutschen Volkspartei beabsichtigen, so könnte er es nach der entschiedenen ablehnenden Haltung dieser Partei nur tun, damit ihm nicht etwa der Vorwurf gemacht werden könnte, daß er nicht alle Möglichkeiten erschöpft habe.

Zwei Pressestimmen: Vermutliche Landtagsauflösung.

Die „Deutsche Tageszeitung“ spricht von einem Vorbruch der Weimarer Koalition, der nur durch eine Zufallsmehrheit zu Stande gekommen sei. Das Blatt prophezeit dem Ministerium Braun große Schwierigkeiten bei der parlamentarischen Einsetzung über die Vertrauensfrage, die zu stellen das Kabinett auf Grund der preussischen Verfassung verpflichtet ist. Für die militärische Beendigung des Kriegszustandes in Preußen gibt es, dem Blatt zufolge, nur folgende zwei praktische Möglichkeiten, nämlich die Bildung einer staatsbürgerlichen Regierung, und die negative, nämlich die Landtagsauflösung.

Der „Vorwärts“ schreibt, Braun werde versuchen müssen, besser gesicherte Mehrheitsverhältnisse zu schaffen, die eine Wiederholung der Vorgänge vom 23. Januar ausschließen. Gelingt ihm das nicht, so sei mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die Wahl nicht annimmt. In diesem Landtag ist eine sichere Mehrheit nur für die große Koalition da, die die Volkspartei nicht wollte, oder für den Reichsblock, den das Zentrum wiederum nicht wollte. Das Zentrum würde nur die Einsetzung gestellt sein, Reichsblock oder Auflösung. Es sei anzunehmen, daß sich das Zentrum für die Auflösung entscheiden werde.

Das Blatt schließt seine Ausführungen mit den Worten, der parlamentarische Sieg vom 30. Januar müsse seine Fortsetzung, Bestätigung und Krönung finden bei den nächsten preussischen Landtagswahlen, die voraussichtlich nicht lange auf sich warten lassen werden.

Eine nationale Regierung in Bremen.

Die Demokraten hand in Hand mit den Deutschen Nationalen.

In der getrigen Sitzung der Bremischen Bürgerkammer wurde auf Vorschlag von Professor Dr. Dieb (Dt. Vpt.) der neue Senat mit 50 Stimmen bei 47 Stimmenthaltungen wie folgt gewählt:

- Dr. Martin Donandt (Dn.), Franz Schulz (Dn.), Hermann Rodwald (Dn.), Dr. Hermann Apelt (D. V.), Heinrich Bömers (D. V.), Gultak Hohenheim (D. V.), Albert v. Sperren (D. V.), Dr. Detmar Stahlmeißel (D. V.), Dr. Theodor Spittka (Dem.), E. S. Neerer (Dem.), Carl Thalenshoff (Dem.), Ernst Robert Johann Henrici (Dem.), Karl Eichmann (Dem.) und Dietrich Albrecht (Dn.).

Die Sozialisten und die Kommunisten gaben Erklärungen ab, in denen sie dem Senat scharfe Opposition ansetzten.

Aus Ägypten wird gemeldet, daß alle an der Ermordung des englischen Militärattachés beteiligten Personen verhaftet seien. Der ägyptische Innenminister kündigt strengste Vergeltung der durch Studenten immer wieder entlassenen Unruhen an. — Verneinung der Vermutung, daß es geht wie uns: es soll die Gewalttaten des übermächtigen Gegners auch noch mit Ruhe hinnehmen.

Indiskretionen bei der Reparationskommission.

Die Pariser Morgenblätter melden, daß der Generalsekretär der Reparationskommission im Dezember vorigen Jahres durch einen anonymen Brief davon in Kenntnis gesetzt wurde, daß gewisse vertrauliche Dokumente nahezu regelmäßig aus den Archiven der Repko verschwinden. Ein Sekretär der Repko namens Dikau wurde beschuldigt, eine Sammlung von Dokumenten, die für die Reparationskommission von Wert waren, besonders Protokolle über interalliierte Besprechungen, der Angeschuldigte gab zu, im August 1924 mit einem Amerikaner in Verbindung getreten zu haben, der ihm um Mitteilung von Dokumenten, die die interalliierten Besprechungen betrafen, gebeten habe und für die Schriftstücke 500 bis 600 Dollars bezahle. Es handelt sich nicht um eigentlich geheime Schriftstücke, aber sie waren nicht zur Veröffentlichung bestimmt, sondern allein die alliierten Regierungen hatten das Recht, sie sich durch ihre Delegierten übermitteln zu lassen. Die Dokumente hatten also unbestritten vertraulichen Charakter. Die Untersuchung hat weiter ergeben, daß der Amerikaner die Protokolle an amerikanische Botschaften übermittelte, die sie an wissenschaftlichem und historischem Interesse annehmen.

Des Reichskanzlers Antwort an Herriot.

Feierlicher Empfang der ausländischen Pressvertreter.

Majestät, aber energischer Professor Dr. Cuthbert. In den Räumen der Presseabteilung der Reichsregierung fand gestern abend ein feierlicher Empfang der ausländischen Presse statt, deren Berliner Vertreter fast vollständig erschienen waren. Außer dem Reichskanzler und dem Reichstagspräsidenten waren u. a. anwesend der Reichsminister des Auswärtigen, Reichsarbeitsminister, Reichsjustizminister, Reichsfinanzminister, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, der Botschafter in Washington Herr v. Wiltshahn, Staatssekretäre, ferner die Gelehrten von Wirttemberg, Sachsin, Baden, Thüringen und Hessen.

Nach einer Begrüßungsrede des Leiters der Presseabteilung der Reichsregierung, Ministerialdirektors Dr. Kiep, begrüßte Reichskanzler Dr. Luther das Wort.

Dr. Luther protestierte sehr entschieden gegen die bisherige Behandlung der Kölner Räumungsfrage, die er als einen Bruch mit dem Geist der Groß- und Verhandlungen und einen Bruch mit dem Vertrauen in die Politik der Alliierten bezeichnete. Er widersetzte sich der Kriegspolizei bezeichnend. Er widersetzte sich dem Verhalten und Behauptungen Herriots. Deutschland wolle die nachgewiesenen Verstöße beilegen, also möge man uns endlich den Bericht der Kontrollkommission geben, damit wir die Haltlosigkeit der Vorwürfe nachweisen können.

Unsere innere Lage, besonders die kommunistische Bewegung, erfordere eine strenge Polizeiorganisation.

Das Gerüde von Waffengeklirr und Kriegsdrohung ist unnötig bei einem Lande, das keine staatlichen Waffenfabriken, keine schweren Artillerie, keine Tanks besitzt, sondern nur eine geringfügige Truppe, dessen Festungen geschleift oder ganz unmodern seien. Mit Herriot bin ich für die moralische Abrüstung. Er wünsche eine klare Antwort, ob Herriot bereit sei, die nördliche Rheinabzweigung sofort nach Beilegung der Deutschland etwa nachgewiesenen Verstöße in der Abrüstung sicherzustellen.

Die Reichsregierung würde einem Komпромiß nicht abgeneigt sein, etwa derart, die Räumung vielleicht erst einige Monate nach dem 10. Januar vornehmen zu lassen. Die deutsche Außenpolitik werde im einzelnen auf für die neue Reichsregierung in erster Linie durch die Londoner Abmachungen bestimmt. Das von Herriot in die Worte Schiedsgericht Sicherheit, Abrüstung zusammengefaßte Programm akzeptiere er.

Die Reichsregierung will mitwirken an der Herstellung einer Gewähr für die Sicherheit und Freiheit der Bäder, und sie hoffe, daß die Ansichten Amerikas über die allgemeine Abrüstung in die Tat umgesetzt werden.

Die französischen Sozialisten sind unzufrieden.

„Peit Parisien“ meinet, daß sich letzten Schwere Zwischenfälle ereignet hätten, die eine Augenblick eine Spaltung in der sozialistischen Partei hätten befürchten lassen.

Schon am Mittwoch nach Schluß der Red Herriots habe man in der Kammer bemerkt daß nur wenige Sozialisten ihm Beifall spendeten. Nach Schluß der Sitzung hätten hervorgetragene Mitglieder der Partei Herriot seine Zweifel darüber geäußert, daß seine Schlußfolgerungen ihnen nicht gefallen. Herriot habe jedoch, um die Sozialisten zu befriedigen, in der Kammer einige Erklärungen abgegeben, wodurch habe die sozialistische Kammerfraktion die Kritik ausgesprochen, sich der Stimmung der Abstimmung über den Maueranschlag der Rede Herriots zu enthalten.

In der Nachmittagsitzung der Kammer habe Herriot Wäre gehabt, die Sozialisten zu überzeugen, und eine Erklärung zu geben die befriedigte. Als er den Sitzungsal verließ

